

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und
Gesundheit**

am Mittwoch, dem 25.10.2023

**im Lebenshilfewerk Neumünster GmbH
Speisesaal
Rügenstraße 5
24539 Neumünster**

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzende

RFr Babett Schwede-Oldehus

Ausschussmitglieder

RH Thomas Balster
RFr Sarah Conradt
Bgschm. Herr Dr. Bruno Dannmeier
RH Sami Inci
Bgschm. Herr Dr. Johannes Kandzora
RH Gerrit Köhler
Bgschm. Herr Rainer Loose
Bgschm. Herr Bruno Narnbach
RH Andreas Preuß
Bgschm. Herr Alfred von Dollen

Von der Verwaltung

Stadtrat
FDL 50
FDL'in 53
FD 03, Sozialplaner
FD 03, Teamleitung Integration
FD 03, Geschäftsführerin ASG
Schwerbehindertenbeauftragte

Herr Carsten Hillgruber
Herr Sönke Winter
Frau Dr. Alexandra Barth
Herr Arne Bollen
Frau Eilean Layden
Frau Gudrun Folchert
Frau Dörthe Bökemeier

Außerdem anwesend

Stadtteilbeirat
Seniorenbeirat
Forum der Vielfalt
GF Lebenshilfewerk Neumünster
TABU-Fachstelle Frauengesundheit
KAG d. freien Wohlfahrtsverbände
MdB
1 Pressevertreter

Herr Werner Didwischus
Herr Dieter Sell
Frau Elisabeth Dannenmann
Herr Bernd Sandfort
Frau Renate Sticke
Herr Heinrich Deicke
Herr Dr. Kristian Klinck

Entschuldigt:

Ausschussmitglied

RH Lukas Maschmann

Abwesend:

Ausschussmitglied

RH Horst-Dieter Micheel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung
4.	Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2023
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Anträge und Anfragen
7.	Kurzer Bericht und Vorstellung von Herrn Sandfort, GF des Lebenshilfswerks Neumünster
8.	TABU – Fachstelle Frauengesundheit mit dem Schwerpunkt weibliche Genitalbeschneidung und –verstümmelung (FGM/C) - Vortrag der Projektleiterin Renate Sticke, Diakonie Altholstein
9.	Mitteilungen
9.1.	Aktuelle Entwicklung der Flüchtlingssituation Vorlage: 0050/2023/MV
9.2.	Nächste Sitzung

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:05 Uhr, entschuldigt Herrn Maschmann und seinen Stellvertreter Herrn Hentschel, weist auf die Abwesenheit von RHn Micheel hin und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratende Tagesordnungspunkte sind nicht vorhanden.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung
-----	------------------------------

Die Vorsitzende teilt mit, dass TOP 9. aus Krankheitsgründen verschoben werden müsse und die nachfolgenden TOPe entsprechend vorrückten.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 25.10.2023 wird ansonsten einstimmig angenommen.

4 .	Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2023
-----	---

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 6.9.2023.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Fragen vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Anträge und Anfragen sind nicht vorhanden.

7 .	Kurzer Bericht und Vorstellung von Herrn Sandfort, GF des Lebenshilfewerks Neumünster
-----	---

Herr Sandfort erhält das Wort und stellt das Lebenshilfewerk Neumünster vor.

Auf den am 3.11.2023 eröffnenden Pop up-Store im ehemaligen Penny-Markt nahe des Tuch- und Technikmuseums weist er besonders hin. Es handele sich hierbei auch um eine Maßnahme des Leerstandmanagements.

Im Anschluss an seinen Bericht gibt es Gelegenheit für Fragen.

8 .	TABU – Fachstelle Frauengesundheit mit dem Schwerpunkt weibliche Genitalbeschneidung und –verstümmelung (FGM/C) - Vortrag der Projektleiterin Renate Sticke, Diakonie Altholstein
-----	---

Die Vorsitzende bittet Frau Sticke um ihren Vortrag.

Frau Sticke führt aus, dass in Neumünster ca. 3.000 Frauen mindestens von FGM/C (Female Genital Mutilation/Cutting), also von Genitalverstümmelung, betroffen seien. Es gebe 4 Arten von Genitaltraumata, die Folgen für die Betroffenen seien enorm und die Traumata würden an nachfolgende Generationen weitergegeben werden.

Aufnehmende Gesellschaften seien gefordert.

Bedeutend sei, für das Thema zu sensibilisieren und aufzuklären. Bei den Verstümmelungen handele es sich um Straftaten.

Etwa 461 Frauen und Mädchen seien aktuell in Schleswig-Holstein von bevorstehenden Beschneidungen bedroht.

Als Schutzmaßnahme sei die Aufklärung von Angehörigen als auch von Kontaktpersonen in Kindertagesstätten, Schulen u. a. bedeutungsvoll.

Nach § 8 a Sozialgesetzbuch VIII bestehe beim Verdacht auf Kindeswohlgefährdung die Verpflichtung, einem solchen Verdacht nachzugehen.

Aufmerksamkeit sei z. B. geboten, wenn ein Mädchen für 8 Wochen wegen einer Ausreise in ein anderes Land in der Schule oder Kindertagesstätte abgemeldet werden solle. Elterngespräche seien geboten, und ggf. könne das Jugendamt eine Ausreise mit dem Kind untersagen.

Beschneidungen erfolgten auch in anderen Ländern als dem Herkunftsland.

Das Land habe einen Einzelhilfefonds aufgelegt; für die Geschädigten seien Rekonstruktionen möglich.

Die Bundesregierung habe einen Schutzbrief – inzwischen in digitaler Form – entwickelt. Über die sozialen Medien könne so das eigene Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit geltend gemacht werden, und Worte der Eltern seien einflussreich – Schutzbriefe aus Papier zählten in den betreffenden Ländern dagegen kaum.

Laut Herrn Deicke gebe es in Schleswig-Holstein lediglich in Kiel die landesweit zuständige Fachstelle TABU – insofern seien Multiplikator/-innen sehr wichtig. Noch nicht beschnittene Frauen müssten geschützt werden. Bedeutsam sei, auch die Männer bzw. das gesamte Umfeld der gefährdeten Frauen einzubeziehen, damit sie nicht abgelehnt oder verstoßen werden würden.

Aktuell müssten Projektmittel von Jahr zu Jahr akquiriert werden, was sehr herausfordernd sei. Der Schutz vor FGM/C sollte möglichst beständig finanziert werden.

Herr Stadtrat Hillgruber erkundigt sich nach den Zahlen für Neumünster und ob FMG/C religiös begründet sei.

Lt. Frau Sticke gebe es keine expliziten Zahlen für Neumünster, sondern die von ihr zuvor genannten Zahlen entsprächen von Terre des Hommes heruntergerechneten Werten. Religionen spielten entgegen verbreiteter Meinung keine ausschlaggebende Rolle, Beschneidungen fänden über alle Religionen hinweg statt – traditionelle, kulturelle oder regionale Praxis sei ursächlich. Insofern sei Aufklärung hier sehr hilfreich, und es würden z. B. auch Imame angesprochen werden.

Erzieher/-innen würden zum Thema Kindeswohlgefährdung geschult werden, und bei vorhandenen Traumata sei die Fachstelle TABU eine sehr gute, bundesweit vernetzte Ansprechstelle. Bei FGM/C handele es sich um ein Officialdelikt, und in Schleswig-Holstein laufe zzt. ein Strafverfolgungsverfahren. Betroffene Frauen würden oft im Heimatland verbleiben.

Herr Deicke berichtet, dass das UKSH erfreulicherweise Rekonstruktionen bei Genitalverstümmelungen anbieten wolle – bisher gebe es nur eine Klinik in Aachen mit diesem Angebot.

Aus dem Ausschuss wird dem Wunsch nach verlässlichen Finanzmitteln Ausdruck verliehen.

9 .	Mitteilungen
9.1 .	Aktuelle Entwicklung der Flüchtlingssituation Vorlage: 0050/2023/MV

Nach Worterteilung durch die Vorsitzende berichtet Herr Stadtrat Hillgruber zum aktuellen Sachstand.

Neu sei, dass das Land die Fläche der Erstaufnahmeeinrichtung durch Container erweitern wolle und diese Fläche dann vorerst nicht von der Stadt für Wohnbebauung genutzt werden könne. Herr OB Bergmann habe vom Land eine schriftliche Mitteilung erbeten, die in den nächsten Tagen erwartet werde, und Ziel sei eine seriöse Gremienbeteiligung. In der Ratsversammlung am 14.11.2023 werde der aktuelle Sachstand möglicherweise TOP sein.

Vom Land sei außerdem eine persönliche Information erbeten worden.

Der Standort Hindenburgkaserne werde noch geprüft. Geflüchtete mit schlechter Bleibeperspektive sollten nicht untergebracht werden. Die Stadt arbeite an einem neuen Integrationskonzept zusammen mit anderen Erstaufnahmeeinrichtungsstandorten mit.

Die vorliegende Mitteilungsvorlage sei als Information sowie Grundlage für eventuelle Anträge gedacht.

Die Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Dr. Klinck weiter, der die Verunsicherung wegen der möglichen Plätze in der Hindenburgkaserne wahrnehme und das Land angeschrieben habe, weil bislang von dort kein Antrag auf Prüfung bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erfolgt sei. Das Land sei aus seiner Sicht gut beraten, zu sondieren, wo die Belastungsgrenze liege. Er sehe auch den Bund in der Pflicht, für eine bessere Regulierung zu sorgen, und spreche sich für eine entsprechende personelle Ausstattung aus.

Die Vorsitzende erkundigt sich nach dem Protokoll zum Spitzengespräch bei der Landesregierung am 9.10.2023, und Herrn Stadtrat Hillgrubers Ansicht nach seien die aktuelle Position und Planung primär bedeutend.

Herr Inci sehe Bedarf für Klarstellung.

Die Vorsitzende erkundigt sich bei Herrn Dr. Klinck, inwiefern realistische Rückführungsmöglichkeiten bestünden, und Herr Dr. Klinck erachtet eine deutliche Verbesserung als nötig. Er wolle sich für eine gemeinsame „task force“ mit Bund, Land und Kommune einsetzen sowie für adäquate Finanzmittel.

Herr Balster spricht sich für einen schnellen Dialog aus vor dem Hintergrund einer Antisemitismusgefahr, die er sehe.

Herr Dr. Kandzora spricht sich für eine bessere Verteilung der Unterkünfte als auch für Begrenzung aus in Anbetracht der geplanten Platzzahlerhöhung.

Aus dem Ausschuss werden die verschiedenen vorhandenen Möglichkeiten für Fragen der Bürger/-innen benannt.

Herr Stadtrat Hillgruber betont die logische Forderung nach Infrastruktur bei Erhöhung der Platzzahl für Geflüchtete.

Herr Inci betont die Freizügigkeit im Rechtsstaat und dass die Integration bei guter Bleibeperspektive beschleunigt werden müsse, anderenfalls aber auch schnelle Abschiebungen.

Die Vorsitzende wünscht sich eine Bürger-Sprechstunde seitens des Landes.

Beschluss:

Kenntnisnahme

9.2 .	Nächste Sitzung
-------	-----------------

Die nächste Sitzung am 29.11.2023 werde im Neuen Rathaus, Raum 2.5/2.6, stattfinden.

Herr Deicke weist auf den ausgelegten Flyer der Diakonie „Was bleibt?“ mit saisonalen Veranstaltungen vom 3. – 19.11.2023 hin.

Babett Schwede-Oldehus
(Ausschussvorsitzende)

Gudrun Folchert
(Geschäftsführerin ASG)